Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Dienstag, 28. Oktober 2008
Ausgabe 207

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **3**
Meldungen **3**
› Forum „Kultur bildet Stadt" im Gasteig gibt wertvolle Impulse 3
› Start weiterer Parklizenzgebiete 5
› Bundesweite Fachtagung „Kinder haben Rechte" 6
› Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats 7
› Filmland Rumänien: Neun Spielfilme im Filmmuseum 7
› Lesung mit OB Ude in der Stadtbibliothek Schwabing 8
› Münchner Hoagart'n und MELT in Sendling 9
Baureferat in eigener Sache **10**
› Transparentes Verfahren beim Vollzug der Straßenausbaubeitragssatzung 10

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **12**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Mittwoch, 29. Oktober, 14 Uhr,
Haupteingang des Nordfriedhofs, Ungererstraße 130
Mitarbeiter der Friedhofsverwaltung übergeben das neue Friedhofsmobil der Öffentlichkeit. Bei diesem Fahrzeug handelt es sich um ein viersitziges Elektromobil, mit dem Bürgerinnen und Bürger künftig beim Grabkauf auf umweltschonende Weise zu den zur Auswahl stehenden Gräbern gefahren werden können. Finanziert wurde das Friedhofsmobil mit freundlicher Unterstützung der Stadtsparkasse München. Wenn sich das Mobil am Nordfriedhof bewährt, soll dieser Service später auch auf anderen Friedhöfen angeboten werden.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Mittwoch, 29. Oktober, 18.30 Uhr, Salesianum, Sieboldstraße 11
Was und wie können die Stadt, die Verbände, die Wohnungsunternehmen, Eigentümer und Investoren dazu beitragen, damit ein zügiger Fahrplan zur energetischen Stadterneuerung und zur energetischen Gebäudesanierung in den Wohnungsbeständen sowie ein energetisch optimierter Wohnungsneubau – zur finanziellen Entlastung einkommensschwacher Münchner Haushalte – umgesetzt wird? Auf Einladung des Sozialpolitischen Forums München sprechen und diskutieren zu dieser Frage Bürgermeister Hep Monatzeder, Stadtbaurätin Dr. (I) Elisabeth Merk, Gesundheits- und Umweltreferent Joachim Lorenz, sowie Gordona Sommer, Vorstand der GEWOFAG, Helmut Steyrer, Geschäftsführer der MGS, Beatrix Zurek, Vorsitzende des Münchner Mietervereins und Michael Baab, Geschäftsführer der ARGE München, im Rahmen des aktuellen Forums „Armutsrisiko Heizkosten".

Freitag, 31. Oktober, 11.30 Uhr, Marienplatz
Übergabe eines Münchner Linienbusses als Fahrzeugspende für die Holocaust-Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau mit Oberbürgermeister Christian Ude, Alt-Oberbürgermeister und Bundesjustizminister a. D. Dr. Hans-Jochen Vogel, Christoph Heubner, Vizepräsident des Internationalen Auschwitz Komitees, Krystyna Oleksy, Vizedirektorin der Gedenkstätte, und Herbert König, SWM-Geschäftsführer Verkehr und Vorsitzender der MVG-Geschäftsführung.

Bürgerangelegenheiten

Dienstag, 4. November, 18 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach) mit der Vorsitzenden Marina Achhammer.

Dienstag, 4. November, 19 Uhr,
Kulturhaus Ramersdorf-Perlach, Hanns-Seidel-Platz 1
Sitzung des Bezirksausschusses 16 (Ramersdorf - Perlach).

Dienstag, 4. November, 19 Uhr,
Stadtteilzentrum Fürstenried Ost, Bürgersaal, Züricher Straße 35
Sitzung des Bezirksausschusses 19 (Thalkirchen - Obersendling - Forstenried - Fürstenried - Solln). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Hans Bauer statt.

Dienstag, 4. November, 19 Uhr, Bürgerzentrum Rathaus Pasing,
Großer Sitzungssaal, Landsberger Straße 486
Sitzung des Bezirksausschusses 21 (Pasing - Obermenzing). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Christian Müller statt.

Dienstag, 4. November, 19.30 Uhr,
Alten- und Service-Zentrum Laim, Kiem-Pauli-Weg 22
Sitzung des Bezirksausschusses 25 (Laim). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit dem Vorsitzenden Josef Mögele statt.

Meldungen

Forum „Kultur bildet Stadt" im Gasteig gibt wertvolle Impulse
(28.10.2008) Das große Forum „Kultur bildet Stadt" im Gasteig wurde letzte Woche am Donnerstag und Freitag von über 500 Schülerinnen und Schülern, zahlreichen Fachleuten aus Erziehung, Schule, Kunst, Kultur und Politik sowie von interessierten Eltern besucht. An über 80 Infoständen, bei 30 Fachveranstaltungen sowie 50 Präsentationen, zehn Aufführungen und Ausstellungen von Kooperationsprojekten und im Rahmen angeregter Gespräche konnten Kontakte geknüpft werden – wesentliche Grundlage

für ein starkes kommunales Bildungsnetzwerk. Eine Leitfrage der Veranstaltung war: Wie kann die Stadt München insbesondere für Kinder und Jugendliche, aber auch für Erwachsene Kultur und Bildung attraktiv inszenieren und vermitteln? Und welches kommunale Konzept für kulturelle Bildung leitet sich daraus ab? „Kulturelle Bildung geht alle an, und sollte für alle unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und ökonomischen Lage attraktiv und erreichbar sein: Das ist unser kommunalpolitisches Interesse", so Bürgermeisterin Christine Strobl bei der Eröffnung der Verranstaltung. Die Gemeinschaftsaufgaben der Kultur-, Jugend- und Familienpolitik und auch der Erwachsenenbildung werden im Entwurf eines neuen kommunalen „Gesamtkonzepts Kulturelle Bildung" beschrieben, der im Rahmen des Forums Kulturelle Bildung zur Diskussion gestellt wurde. Nach Aufnahme der Anregungen aus der Tagung und weiteren Abstimmungen mit Akteuren aus den Bereichen Kultur und Bildung werden das Kultur-, das Schul- und das Sozialreferat dem Münchner Stadtrat im Frühjahr 2009 gemeinsam die Fortschreibung des Gesamtkonzepts vorlegen. Vom 25. bis 27. Juni 2009 wird es dann während des bundesweit renommierten Treffens zur Stärkung kulturell-künstlerischer Bildung „Kinder zum Olymp" in den Münchner Kammerspielen präsentiert.
Die seit Jahren bestehenden und kontinuierlich ausgebauten kommunalen Vernetzungen führen also – anders als der bundes- und landespolitische Diskurs – bereits zu konkreten Ergebnissen und Handlungsvorschlägen, wie Professor Dr. Wolfgang Schneider positiv bemerkte. Er war zuständig für das Kapitel „Kulturelle Bildung" im Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags und Gast beim Forum Kulturelle Bildung. Er forderte eine konzeptionelle Abstimmung und eine angemessene Förderung durch Bund, Länder und Kommunen zu kultureller Bildung.
Auch wenn in München auf kommunaler Ebene bereits viel geschieht: Kultur-, Schul- und Sozialreferat haben dem Entwurf eines „Kommunalen Gesamtkonzepts Kulturelle Bildung" zehn Handlungsvorschläge vorangestellt. Kulturreferent Dr. Hans-Georg Küppers, Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner und Sozialreferent Friedrich Graffe stellten diese bei der Abschlussveranstaltung am Freitag vor. Ausgehend vom Bedarf kulturell-ästhetischer Früherziehung bis zur deutlichen Ausweitung kultureller Erwachsenenbildung bis hin zur Medien- und Technologiekompetenz wurden während des Forums im Gasteig unterschiedliche Ansatzpunkte diskutiert. Viele Beispiele und Modelle aus München, Bayern und anderen Bundesländern wurden zitiert, die Chancen von Bildungspartnerschaften zum Beispiel zwischen großen Kulturinstitutionen und Schulen erörtert, der Bedarf an professionellen Kunst- und Kulturvermittlern ausgelotet und auch die Möglichkeiten des freiwilligen und bildenden Engagements in der Kultur-

vermittlung aufgezeigt. Eine Teilnehmerin berichtete aus ihrer Erfahrung als Hauptschullehrerin, dass Lernen besonders dann funktioniert, wenn alle Sinne aktiv gefordert sind. Und genau das schaffe Kultur. Dass neben den traditionellen Kulturtechniken mittlerweile auch Computer und Handy eine wichtige Rolle spielen, sollte aus ihrer Sicht ebenfalls berücksichtigt werden.
Ein Orchestermusiker, der mit Schülerinnen und Schülern arbeitet, ergänzte: „Schon bei ganz einfachen Übungen, zum Beispiel Trommeln, Singen, rhythmischen Übungen, bei denen alle mitmachen können, kann der motivierende Funke der Konzentration und des gemeinschaftlichen Produzierens überspringen. Abhängig allerdings auch von der Intensität, die wir schaffen, und der musikalischen Qualität, die wir verständlich und überzeugend anbieten. Durch kulturelle Tätigkeiten ermöglichen wir soziales Lernen."
„Kultur bildet Stadt" wurde als gelungenes Austauschforum gewertet. Das Resümee der Organisatoren von Kultur & Spielraum e.V. und Pädagogischen Aktion SPIELKultur e.V. war positiv: „Die Anstrengung hat sich gelohnt, viele waren da. Es war ein stadtweites Fachtreffen auf hohem inhaltlichem Niveau und am geeigneten Ort, dem Gasteig."
Weitere Informationen zur Veranstaltung „Kultur bildet Stadt": Kultur und Spielraum e.V., Silke Schetelig, Telefon 34 16 76, Fax 34 16 77, E-Mail: kiks@kulturundspielraum.de

Start weiterer Parklizenzgebiete
(28.10.2008) In Neuhausen gibt es ab 1. Dezember die Parklizenzgebiete „St.-Benno-Viertel" und „Albrechtstraße". Damit existieren im Areal der Münchner Umweltzone bereits 38 Bewohnerparkbereiche, die einerseits die Parkplatznot der Münchnerinnen und Münchner vermindern und andererseits auch das Kfz-Aufkommen insgesamt verringern.
Das „St.-Benno-Viertel" wird durch die Nymphenburger Straße und Lazarettstraße begrenzt und schließt im Osten an den Parkbereich „Schleißheimer Straße".
Das Gebiet „Albrechtstraße" findet seine Grenzen ebenfalls in der Nymphenburger Straße und trifft im Westen auf den Mittleren Ring; die nördliche Ausdehnung umfasst neben einem Teilstück der Leonrodstraße die eigentliche Albrechtstraße und beinhaltet darüber hinaus die gesamte Kapschstraße. Im Osten bildet die Lazarettstraße die Grenze zum „St.-Benno-Viertel".
In den neuen Parklizenzgebieten gibt es Straßen, die ausschließlich den Bewohnerinnen und Bewohnern vorbehalten bleiben, sowie Bereiche mit Mischparken. Hier dürfen die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer

Parklizenz kostenlos parken. Besucher müssen an den Automaten ein Parkticket lösen. Die Höhe der Parkgebühren beträgt 1 Euro pro Stunde, maximal jedoch 6 Euro für einen ganzen Tag.
Des Weiteren gibt es in Abschnitten der Erzgießereistraße auch Mischformen, in denen tagsüber Besuchern das gebührenpflichtige Parken ermöglicht wird; nach 18 Uhr sind diese Stellplätze jedoch ausschließlich für die Bewohnerinnen und Bewohner reserviert. Diese Mischform ist der im Tagesverlauf wechselnden Verkehrssituation angepasst und soll den Belangen eines gewachsenen Innenstadtviertels mit einer lebendigen Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Arbeiten entsprechen.
Die Parkregelungen gelten montags bis samstags zwischen 9 und 23 Uhr. Nachts sowie an Sonn- und Feiertagen ist das Parken uneingeschränkt möglich.
Anlieger mit Hauptwohnsitz innerhalb der neuen Parklizenzgebiete können ab sofort formlos für jährlich 30 Euro einen Parkausweis bei der Landeshauptstadt München, Kreisverwaltungsreferat, Hauptabteilung III – Verkehrsüberwachung, 80466 München, beantragen. Dem Antrag muss eine Kopie des Kfz-Scheins beiliegen.
Zudem bietet das Kreisverwaltungsreferat unter der Internetadresse *www.muenchen.de/parken* auch ein Antragsformular.

Bundesweite Fachtagung „Kinder haben Rechte"

(28.10.2008) Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude veranstaltet das Büro der Kinderbeauftragten der Landeshauptstadt München am 17. und 18. November in München die Fachtagung „Kinder haben Rechte". Veranstaltungsort ist das Kulturhaus Milbertshofen. Oberbürgermeister Christian Ude wird die Tagung am 17. November um 9.30 Uhr eröffnen.
Die Tagung ist der Auftakt für ein neues „Jahr der Kinderrechte" in München – und vielleicht in vielen anderen Kommunen und Institutionen Deutschlands. Denn im November 2009 wird die „UN-Konvention über die Rechte des Kindes" 20 Jahre alt. Die Landeshauptstadt München hat diese Kinderrechte mit einem einstimmigen Beschluss der Vollversammlung des Stadtrates im Jahr 2001 ausdrücklich anerkannt (als eine der ersten deutschen Großstädte) und bemüht sich seither intensiv, die Kinderrechte im Rahmen ihrer kommunalen Zuständigkeiten umzusetzen und bekannt zu machen. Daran knüpft die Tagung an, stellt aktuelle Bezüge her (u.a. zum Thema „Warum gehören Kinderrechte ins Grundgesetz?") und soll über die Veranstaltung hinaus Handlungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für Kommunen und Institutionen aufzeigen sowie das Netz der Kooperationspartner stärken.

Nähere Infos zum Programm und Anmeldung unter *www.muenchen.de/Rathaus/soz/jugendamt/aktuell/236196/kinderrechte.html*. Anmeldungen sind bis 7. November möglich. Zielgruppe: Fachleute aus Politik, Verwaltung und Schule sowie der (pädagogischen) Arbeit mit Kindern und Jugendlichen, der Medien sowie andere Interessierte. Kosten: 100 Euro für beide Tage (ermäßigt 50 Euro).
Achtung Redaktionen: Medienvertreter, die von der Tagung berichten wollen, haben freien Eintritt. Es wird jedoch um eine Anmeldung unter Telefon 2 33-4 95 33 gebeten, da die Anzahl der Plätze begrenzt ist.

Sprechstunden und Beratungen des Seniorenbeirats
(28.10.2008) Der Seniorenbeirat der Landeshauptstadt München, Burgstraße 4, hält jeweils am Dienstag und Donnerstag von 9.30 bis 12 Uhr seine Sprechstunden ab. Jeden zweiten und vierten Montag im Monat werden außerdem von 9.30 bis 12 Uhr Rentenberatungen durchgeführt. Jeden dritten Montag im Monat findet ab 16.30 Uhr nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 16 25 98 eine zusätzliche Rentenberatung statt.
Jeden ersten Dienstag im Monat findet nach vorheriger telefonischer Anmeldung unter der Nummer 2 33-2 11 66 eine Rechtsberatung statt.
Die beratenden Seniorenbeirats-Mitglieder im November sind:
- Dienstag, 4. November, Anwaltserstberatung
- Donnerstag, 6. November, Herta Allwang
- Montag, 10. November, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 11. November, Nicolaos Konstandinidis
- Donnerstag, 13. November, Franz Rudrich
- Dienstag, 18. November, Gottfried Menzel
- Donnerstag, 20. November, Joseph Brandstetter
- Montag, 24. November, Günther Mack (Rentenberatung)
- Dienstag, 25. November, Herbert Kracker
- Donnerstag, 27. November, Klaus Bartels

Filmland Rumänien: Neun Spielfilme im Filmmuseum
(28.10.2008) Im Rahmen der „Rumänischen Kulturtage München" zeigt das Filmmuseum im Münchner Stadtmuseum, St.-Jakobs-Platz 1, vom 29. Oktober bis 5. November neun Spielfilme aus Rumänien, die von 1964 bis 2006 produziert wurden. Eröffnet wird die Reihe am Mittwoch, 29. Oktober, um 18.30 Uhr mit Christian Mungius Debütfilm „Occident (Der Westen)", eine bissige Komödie über die Sehnsucht, das Heimatland zu ver-

lassen und woanders sein Glück zu suchen. Der Hauptdarsteller Alexandru Papadopol ist am Abend zu Gast.
International werden die Filme vorwiegend junger rumänischer Regisseure als „Nouvelle Vague" gefeiert. Die meisten dieser Filme sind als Koproduktionen entstanden, was die zunehmende Begeisterung über die Entdekkungen aus dem Osten teilweise erklärt. Junge Filmemacher wie Cristian Mungiu („Vier Monate, drei Wochen, zwei Tage") und Cristi Puiu („Der Tod des Herrn Lazarescu") feierten Erfolge in Cannes. Puiu erklärt pragmatisch: „Es gibt keine ‚Nouvelle Vague', es gibt nur ein paar verzweifelte Filmemacher."
Die Zeit nach der Revolution und dem Sturz des Diktators Nicolae Ceausescu gilt als „Stunde Null" im rumänischen Kino. Allein drei Filme der Reihe widmen sich diesen Ereignissen 1989. In dem anschließenden Vakuum war vor allem der Altmeister und der wohl einflussreichste Filmemacher Rumäniens, Lucian Pintilie, präsent. Am Samsatag, 1. November, um 18.30 Uhr zeigen wir seinen Erstling „Sonntag um sechs Uhr" (1965), eine Liebesgeschichte über zwei marxistische Widerstandskämpfer in Bukarest 1940. Mircea Daneliuc „Mikrofonprobe", (1980) verstand es, versteckt Kritik am Regime zu üben, als üblicherweise, seit den 70er-Jahren, eher die konformen Komödien und Kostümfilme dominierten (Freitag, 31. Oktober, um 18.30 Uhr). In letzter Zeit wird der Stil der jungen rumänischen Regisseure oft als neorealistisch umschrieben. Corneliu Porumboius Film „12:08 Östlich von Bukarest" (Sonntag, 2. November, um 21 Uhr) über den Sturz des Regimes 1989 wäre in dieser Kategorie anzusiedeln.
Das vollständige Programm, sowie die genauen Titel und Termine sind im Programmheft des Filmmuseums oder unter *www.filmmuseum-muenchen.de* zu finden. Der Eintritt kostet 4 Euro, ermäßigt 3 Euro. Telefonische Kartenvorbestellungen sind unter 2 33-2 41 50 möglich.
Die Filmreihe findet in Kooperation mit der Gesellschaft zur Förderung der Rumänischen Kultur und Traditon e.V. München und dem Centrul National al Cenematogrfiei, Bucuresti, statt.

Lesung mit OB Ude in der Stadtbibliothek Schwabing

(28.10.2008) Oberbürgermeister Christian Ude liest am 31. Oktober um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Schwabing, Hohenzollernstraße 16. Nicht nur als Politiker ist Ude bekannt, sondern auch als Verfasser zahlreicher satirisch-witziger Bücher, aus denen er lebhaft vorträgt. Der Eintritt ist frei. Anlass ist die bundesweite Aktionswoche „Deutschland liest. Treffpunkt Bibliothek", die Deutschlands Bibliotheken für eine Woche lang ins

Rampenlicht rückt. Auch die Münchner Stadtbibliothek beteiligt sich daran mit abwechslungsreichen Veranstaltungen. Weitere Infos unter Telefon 4 52 13 63-0.

Münchner Hoagart'n und MELT in Sendling

(28.10.2008) Am Freitag, 31. Oktober, um 19 Uhr lädt das Kulturreferat der Stadt München wieder zu einem Münchner Hoagart'n ein. Dieser Hoagart'n wird geprägt von den Münchner Musikanten und Gruppen, die im Auftrag der Landeshauptstadt München und des EU-Projektes MELT zu europäischen Festivals gefahren sind. MELT ist ein Projekt zu „Migration in Europe and Local Tradition", und findet von Sommer 2007 bis Sommer 2009 in folgenden Partnerstädten statt: München (Projektleitung), Wien, Genua, Istanbul, Birmingham und Sighisoara (Schäßburg - Rumänien). Beim Münchner Hoagart'n am 31. Oktober werden nun die Musikanten und Gruppen nicht nur gemeinsam singen und musizieren, sondern auch von ihren Erfahrungen und Erlebnissen zu MELT berichten. Wie immer wird auch dieser Abend unterhaltsam und abwechslungsreich sein und gute Unterhaltung für die ganze Familie bei gutem Essen bieten.
Der Hoagart'n findet in der Gaststätte „Münchner Haupt" in der Zielstattstraße 6 unter der Leitung von Eva Becher (Kulturreferat) statt. Zum Singen und Musizieren haben sich bereits folgende Gruppen angemeldet: Siegfried Haglmo, Josef Zapf, Jovanovic-Musi, Sophie Rastl und österreichische Musikantenfreunde, Adrian Ivanitchi, Alexandru Barabas und Tiberiu Gheza aus Schäßburg – Sighisoara, Maria Hafner, die Familienmusik Servi, Dreiklangsseligkeit und der Schwanthalerhöher Dreigesang.
Der Eintritt ist frei und Zuhörerinnen und Zuhörer sind herzlich willkommen, Platzreservierungen können jedoch leider nicht vorgenommen werden.
Nähere Informationen unter presse.kulturreferat@muenchen.de oder Telefon 2 33-2 60 05.

Baureferat in eigener Sache

(teilweise voraus)

Transparentes Verfahren beim Vollzug der Straßenausbaubeitragssatzung

(28.10.2008) Zum gestrigen Artikel in der „Süddeutschen Zeitung" nimmt das Baureferat wie folgt Stellung:

Die im Artikel dargestellten Sachverhalte bezüglich der zum 1. Januar 2005 eingeführten Straßenausbaubeitragssatzung sind im Grunde richtig wiedergegeben. Sie bedürfen jedoch wesentlicher Ergänzungen:

Bei der erwähnten Fasangartenstraße handelt es sich nicht um eine Anliegerstraße, sondern um eine Hauptverkehrsstraße, deren durchschnittliche tägliche Verkehrsbelastung 12.000 Kraftfahrzeuge/24 Stunden beträgt. Der Umbau der Straße wurde von den Anwohnerinnen und Anwohnern und dem Bezirksausschuss seit vielen Jahren gefordert.

Die Höhe der Straßenausbaubeiträge bestimmt sich einzelfallbezogen aus der Größe des Grundstücks und dem darauf bestehenden Baurecht. Missverständlich ist die Formulierung im Artikel, dass die Beiträge „pro Haushalt" bis zu 50.000 Euro betragen können. Beitragspflichtig ist derjenige, der im Zeitpunkt des Abschlusses der Baumaßnahme Eigentümer oder Erbbauberechtigter des Grundstücks beziehungsweise Wohnungseigentümer ist.

Leider erweckt der Artikel den Eindruck, dass die Entscheidung für Baumaßnahmen an Straßen, bei denen die Satzung zur Anwendung kommt, allein von der Verwaltung gefällt wird, und die betroffenen Grundstückseigentümer überraschend mit Beitragsabrechnungen konfrontiert werden. Richtig ist vielmehr, dass der Münchner Stadtrat auf Vorschlag des Baureferates bereits am 12. April 2005 ein transparentes Verfahren zum Vollzug der Straßenausbaubeitragssatzung beschlossen hat

1. Das Baureferat legt dem Stadtrat die entsprechenden Projekte bereits zum Planungsstart (Bedarfs- und Konzeptgenehmigung) zur Entscheidung vor. Die Presse berichtete verschiedentlich über die einzelnen Projekte. Vor dieser Beschlussfassung erhält der Bezirksausschuss die Gelegenheit, sich zur Beschlussvorlage zu äußern, auch wenn Anhörungsrechte nach der Bezirksausschusssatzung zu diesem Stadium des Projekts nicht bestehen (bei der erwähnten Fasangartenstraße stimmte der Bezirksausschuss den vorgesehenen Maßnahmen zu).

2. Die Beitragspflichtigen werden mit einem Informationsbrief und einer Informationsveranstaltung über die voraussichtlichen Straßenausbaubeiträge und die konkret geplanten Maßnahmen informiert. Die Erfahrungen aus den bisherigen Veranstaltungen sind durchwegs positiv. Diese Planung (Entwurfsplanung) wird auch dem örtlichen Bezirksausschuss gem. Bezirksausschusssatzung zur Anhörung vorgelegt. Der Stadtrat wird im Rahmen der von ihm zu erteilenden Projektgenehmigung über die Haltung des Bezirksausschusses informiert.
3. Zwischen der erstmaligen Vorinformation der von einer Maßnahme betroffenen Grundstückseigentümer und der Bescheiderstellung liegen technisch bedingt (Vorbereitung und Durchführung, Abnahme und Abrechnung der Baumaßnahme) mindestens zwei Jahre, so dass die Betroffenen von den Beitragszahlungen nicht überrascht werden.

Weitere Informationen: Jürgen Marek, Pressesprecher des Baureferats, Telefon 2 33-6 00 07, E-Mail: juergen.marek@muenchen.de

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Dienstag, 28. Oktober 2008

Ausbau der Ganztagesschulen
Antrag Stadträtinnen Diana Stachowitz und Beatrix Zurek (SPD)

Lehrerpersonalkosten und Schulgeldersatz
Antrag Stadtrats-Mitglieder Alexander Reissl, Diana Stachowitz und Beatrix Zurek (SPD)

Übernahme der Kosten für das letzte Kindergartenjahr
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Müller, Alexander Reissl und Diana Stachowitz (SPD)

Kostenübernahme der Schulsozialarbeit
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Müller, Alexander Reissl und Diana Stachowitz (SPD)

Flughafenanbindung
Antrag Stadtrats-Mitglieder Nikolaus Gradl, Ingo Mittermaier, Alexander Reissl und Claudia Tausend (SPD)

Zweite Stammstrecke
Antrag Stadtrats-Mitglieder Ingo Mittermaier, Alexander Reissl und Claudia Tausend (SPD)

Auswirkungen des Mindestlohns auf die kommunalen Finanzen
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Brigitte Meier und Christian Müller (SPD)

Vorfahrtsänderung in der Ubo- und der Aubinger-Ost-Straße
Anfrage Stadträte Josef Schmid und Tobias Weiß (CSU)

Geschäftswegweiser aus Heilbronn – ein Modell für München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Georg Kronawitter, Ursula Sabathil, Georg Schlagbauer und Tobias Weiß (CSU)

Wie effektiv ist die Heimaufsicht?
Anfrage Stadtrat Dr. Reinhold Babor (CSU)

Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen in Bayern künftig auch bei den Standesämtern geschlossen werden können
Antrag Stadträtin Lydia Dietrich (Bündnis 90/Die Grünen) und Stadtrat Thomas Niederbühl (Rosa Liste)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Mechthild von Walter; **Freie Wähler**: Dr. Michael Piazolo; **Bayernpartei**: Thomas Hummel; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Ausbau der Ganztagsschulen

Ausbau der Ganztagesschulen

Antrag:

Das Schulreferat wird beauftragt, den flächendeckenden Ausbau der gebundenen Ganztagesschule an allen Schularten in München, vorrangig an den Grund- und Hauptschulen, an denen es Tagesheime gibt oder geben wird, beim Freistaat Bayern einzufordern.

Begründung:
Im Kapitel „Haushalt und Staatsfinanzen“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:
„Oberste Priorität haben Ganztagsschulen, Verringerung der Klassenstärken und quantitative Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder[...]“ (S.3., Nr. 1).

Die Kommunen sollen durch das Konnexitätsprinzip vor Aufgabenübertragungen ohne angemessenen Finanzausgleich geschützt werden (S. 4, Nr. 5). Nach Art. 32 Abs. 2 BayEUG wird die Mittagsbetreuung bei Bedarf an der Grundschule, in geeigneten Fällen auch an anderen Schularten *nach Maßgabe der im Staatshaushalt ausgebrachten Mittel* im Zusammenwirken mit den Kommunen und den Erziehungsberechtigten angeboten.

Im Kapitel „Bildung“ der Koalitionsvereinbarung steht der Ausbau der Ganztagsschulen an erster Stelle:
„Wir werden den Ausbau eines flächendeckenden und bedarfsorientierten Angebots an Ganztagsschulen in allen Schularten weiter vorantreiben. [...] Die Modelle „gebundene“ und „offene“ Form sollen unter staatlicher Verantwortung stehen und in der finanziellen Ausstattung angeglichen werden. Das konkrete Angebot, die Ausgestaltung und Umsetzung sind zusammen mit dem Kommunen als Sachaufwandsträgern festzulegen. [...] Die Angebote der Mittagsbetreuung an Grundschulen werden wir beibehalten und weiter ausbauen.“ (S.9, Nr. 1)
Die Koalitionspartner CSU und FPD verpflichten sich, die Koalitionsvereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen und tragen für ihre Politik gemeinsam die Verantwortung. (S.70)

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:
Diana Stachowitz
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Lehrpersonalkosten und
Schulgeldersatz

Lehrpersonalkosten und Schulgeldersatz

Antrag:

Das Schulreferat wird beauftragt, die Lehrpersonalkosten und den Schulgeldersatz in voller Höhe beim Freistaat Bayern einzufordern.

Begründung:

Seit Jahren ersetzt die Landeshauptstadt München jährliche Lehrpersonalkosten von in Höhe von 160 Mio. Euro, die eigentlich der Freistaat nach dem Konnexitätsprinzip zu leisten verpflichtet wäre. Trotz wiederholter Aufforderungen der Landeshauptstadt München an den Freistaat, seinen Verpflichtungen nachzukommen, entzog sich die Bayerische Staatregierung dem immer wieder.

Im Kapitel „Bildung“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:
„Wir stehen für den fairen Wettbewerb zwischen öffentlichen und privaten Schulen. Als Sofortmaßnahme werden wir den Schulgeldersatz deutlich anheben. Für die kommunalen Schulen streben wir eine Erhöhung der Förderung an.“ (S.12, Nr. 14)
Und weiter:
„Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarungen im Regierungshandeln umzusetzen. CSU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.“ (S.70).

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:

Diana Stachowitz
Stadträtin

Beatrix Zurek
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de
LehrpersonalkostenSchulgeldersatz_081027

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Übernahme der Kosten für das letzte Kindergartenjahr

Übernahme der Kosten für das letzte Kindergartenjahr

Antrag:

Die Landeshauptstadt München fordert vom Freistaat Bayern eine Übernahme der Kosten für das geplante, kostenfreie letzte Kindergartenjahr, sowie der Mehrkosten für den veränderten Anstellungsschlüssel und die Verbesserung der Aus- und Fortbildung von Kinderpfleger/innen und Erzieher/innen in voller Höhe.

Begründung:
Im Kapitel „Bildung“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:

„Oberste Priorität haben Ganztagsschulen, Verringerung der Klassenstärken und quantitative Verbesserung des Betreuungsangebots für Kinder[...]“ (S.3., Nr. 1).

Auf Seite 14, Nr. 23:
„Wir werden das für die Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr mittelfristig einführen – in Abstimmung mit den Kommunen. Unser Ziel ist auch, den Anstellungsschlüssel von 1:11,5 auf 1:10 und die Aus- und Fortbildung von Kinderpfleger/innen und Erzieher/innen zu verbessern.“

Die Koalitionspartner CSU und FPD verpflichten sich, die Koalitionsvereinbarung im Regierungshandeln umzusetzen und tragen für ihre Politik gemeinsam die Verantwortung. (S.70)

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:
Diana Stachowitz
Stadträtin

Christian Müller
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Kostenübernahme der Schulsozialarbeit

Kostenübernahme der Schulsozialarbeit

Antrag:

Das Sozialreferat wird im Benehmen mit den Schulreferat beauftragt, die Kostenübernahme der Schulsozialarbeit in München und eine Ausweitung der Schulsozialarbeit an allen Schulen auf dem Stadtgebiet München beim Freistaat Bayern einzufordern. Dabei soll die bewährte Kooperation zwischen Schulen und freien sowie kommunalen Trägern beibehalten werden.

Begründung:

Im Kapitel „Familie und Kinder – Ältere Menschen“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:
„Wir werden die vorbildlichen Förderprogramme im Bereich des SGB VIII, die Jugendsozialarbeit an Schulen (JaS) und die Arbeitsweltbezogene Jugendsozialarbeit (AJS) unter dem Aspekt Fördern und Fordern weiter entwickeln.“ (S. 53, Nr. 5)

Und im Kapitel „Bildung“ heißt es zu diesem Thema:
„Die Jugendsozialarbeit an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen.“ (S. 10, Nr.4)

Des Weiteren:
„Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarungen im Regierungshandeln umzusetzen. CSU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.“ (S.70)

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:
Diana Stachowitz
Stadträtin

Christian Müller
Stadträtin

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Flughafenanbindung

Flughafenanbindung

Antrag:

Die Landeshauptstadt München wiederholt ihre Forderung an den Freistaat Bayern, unverzüglich den Ausbau der schnellen Schienenverbindung zwischen München und dem Flughafen in Form des Konzeptes M-Express über die Trasse der S8 mit der Untertunnelung zwischen Zamdorf und Johanneskirchen einzuleiten.

Begründung:

Im Kapitel „Verkehr“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:
„Wir werden die Flugverbindungen für die international vernetzte Wirtschaftregion Bayern, insbesondere des Flughafens München als internationales Drehkreuz weiter stärken:
[...] Schnelle Schienenverbindung zwischen München und dem Flughafen mit kreuzungsfreier Trassenführung“ (S. 32, Nr. 3)
Und weiter:
„Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarungen im Regierungshandeln umzusetzen. CSU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.“ (S.70)

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:

Claudia Tausend Stadträtin	Ingo Mittermaier Stadtrat	Nikolaus Gradl Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister

Christian Ude
Rathaus

München, 28.10.2008
Zweite Stammstrecke

Zweite Stammstrecke

Antrag:

Die Landeshauptstadt München fordert den Freistaat Bayern auf, endlich die Finanzierung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München als Innenstadtunterfahrung sicherzustellen.

Begründung:
Im Kapitel „Verkehr“ der Koalitionsvereinbarung 2008 bis 2013 zwischen CSU und FDP für die 16. Wahlperiode des Bayerischen Landtags heißt es:
„Mit dem Ausbau des S-Bahnnetzes (2. Stammstrecke, [...] optimieren wir die SPNV-Infrastruktur“ (S.32f., Nr. 4).
Und weiter:
„Die Koalitionspartner verpflichten sich, diese Vereinbarungen im Regierungshandeln umzusetzen. CSU und FDP tragen für die gesamte Politik der Koalition gemeinsam Verantwortung.“ (S.70)

gez.
Alexander Reissl
Fraktionsvorsitzender

Initiative:

Claudia Tausend
Stadträtin

Ingo Mittermaier
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-233926 27, Fax: 089-233245 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus

Brigitte Meier
Stadträtin

Christian Müller
Stadtrat

München, 28.10.2008
Mindestlohn_Positivwirkung

Auswirkungen des Mindestlohns auf die kommunalen Finanzen

ANFRAGE:

Es gibt in über 150 Staaten Mindestlöhne. Auch in der Bundesrepublik Deutschland wird dieses Thema diskutiert.

Mindestlöhne sind ein sinnvolles Instrument zur Armutsbekämpfung. Ihre positiven Auswirkungen auf die öffentlichen und insbesondere die kommunalen Finanzen sind jedoch noch unbekannt.

Wir fragen daher:

Welche positiven Wirkungen sind von einem Mindestlohn von z.B. 7,50 € für die Landeshauptstadt München bezüglich der Leistungsgewährung nach dem SGB II zu erwarten?

gez.
Brigitte Meier
Stadträtin

gez.
Christian Müller
Stadtrat

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-23 39 26 27, Fax: 089-23 32 45 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Josef Schmid Tobias Weiß

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
27.10.08

Vorfahrtsänderung in der Ubo- und der Aubing-Ost-Straße

Seit ca. zwei Wochen sind in Aubing in der Ubostraße und der Aubing-Ost-Straße (beides bestehende 30er-Zonen) die Vorfahrtsregelungen geändert worden. Nun gilt an allen Kreuzungen "Rechts vor Links" . Es wurde ein riesiger Schilderwald aufgestellt.

Leider gab es auch keine Vorabinformationen an die betroffenen Anlieger. Auch erzeugt der Lärm durch die anfahrenden Fahrzeuge Unmut bei den Anliegern.

Wir fragen daher:

1. Warum wurde in der Ubostraße und der Aubing-Ost-Straße in Aubing eine Vorfahrtsänderung (nun "Rechts vor Links") eingeführt?

2. Warum wurden die betroffenen Bürger nicht entsprechend über die Änderung informiert (durch Pressemitteilungen, Postwurf, Information an den zuständigen Bezirksausschuss 22) ?

3. Die Aubing-Ost-Straße dient als Umleitungsstrecke für die niedrige Unterführung an der Alto- / Limesstraße. Das Abbremsen und Anfahren dieser großen Fahrzeuge erzeugt unnötig Lärm für die Anlieger. In der Ubostraße herrscht außerdem eine starke Benutzung durch die anliegenden landwirtschaftlichen Betriebe. Was unternimmt das Kreisverwaltungsreferat um die Anwohner vor der Lärmbelästigung zu schützen?

4. In der Ubostraße ist die Verkehrssituation an der Einmündung zur Spielträankergasse dringend kritisch zu überprüfen. Fahrzeuge, die aus südlicher Richtung kommen behindern leider den kurz vor dieser Kreuzung liegenden Zebrastreifen, der auch als stark frequentierter Schulweg genutzt wird. Dieser Zebrastreifen muss auch wegen der Schulwegsicherheit erhalten bleiben. Welche Möglichkeiten sieht das Kreisverwaltungsreferat diese Gefahrenstelle zu entschärfen?

Josef Schmid

Josef Schmid, Stadtrat
Fraktionsvorsitzender

Tobias Weiß, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Tobias Weiß / Georg Schlagbauer / Dr. Georg Kronawitter / Ursula Sabathil

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
28.10.08

Geschäftswegweiser aus Heilbronn – ein Modell für München?

Die Diskussion über die Zunahme der so genannten Kundenstopper und deren aus mancher Sicht störende Wirkung auf das Stadtbild, hat den Blick für die Bedürfnisse der Geschäfte und Läden in der Innenstadt geschärft. Die Erhaltung und Steigerung der Attraktivität der Innenstadt muss dabei ein besonderes Anliegen der Landeshauptstadt München sein. Zur weiteren Belebung sind gerade auch die Geschäfte in der zweiten Reihe von besonderer Bedeutung. Gerade für diese Geschäfte sind die Kundenstopper und Hinweisschilder in den zentralen Einkaufspassagen und -straßen ein unerlässliches Werbemittel. Das momentan rigide Vorgehen des Kreisverwaltungsreferats veranlasst uns deshalb nach alternativen Werbemöglichkeiten Ausschau zu halten.

Auf einer Stadtratsexkursion, organisiert durch die MVG zum Thema Trambahntrasse durch die Innenstadt, wurde den Stadträten und der Verwaltung unter anderem auch das Modell der Geschäftswegweiser in Heilbronn als Bestandteil des dortigen Citymanagements vorgestellt. Organisiert und eingeführt wurde es dort von der Stadtinitiative Heilbronn e.V. (www.stadtinitiative-heilbronn.de/) mit dem Leitsatz „Zweite Reihe ist erste Sahne“.

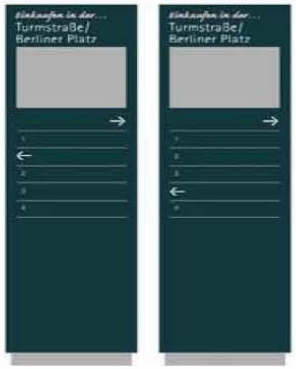
Deshalb haben wir folgende Fragen an die Stadtverwaltung:

1. Wie sieht das Modell der Geschäftswegweiser in Heilbronn aus?
2. Gibt es ähnliche Beispiele in anderen Städten?
3. Sind diese Modelle auf die Münchner Situation übertragbar?

Tobias Weiß	Georg Schlagbauer	Dr. Georg Kronawitter	Ursula Sabathil, Stadträtin
Stadtrat	Stadtrat	Stadtrat	stv. Fraktionsvorsitzende

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Geschäftswegweiser



„Zweite Reihe ist erste Sahne!“

- 14 Stück
- Standorte in der Hauptfuß-gängerzone
- Weist auf Geschäfte in Neben-lagen hin.
- Ca. 120 Geschäfte nehmen teil.

Aus der Präsentation der Stadtinitiative Heilbronn e.V.

Dr. Reinhold Babor

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

Anfrage
28.10.08

Wie effektiv ist die Heimaufsicht?

Die im Kreisverwaltungsreferat angesiedelte Heimaufsicht wird umorganisiert, wie der Presse zu entnehmen ist. Deutschlands größte Heimaufsicht soll jetzt eine Doppelspitze erhalten, die einerseits im Bereich der Pflege und Behindertenhilfe zuständig ist und andererseits den Bereich der Verwaltung abdeckt. Bisher wurde die Leitung dieser Aufgaben von einer Person wahrgenommen.
Es ergeben sich wegen dieser Veränderung Fragen:

1. Wie viele Alten- und Behinderteneinrichtungen sind zu kontrollieren, aufgeschlüsselt nach Pflegeheimen, betreutem Wohnen und Wohngemeinschaften mit ambulanter Betreuung gemäß des „neuen Heimgesetzes“?

2. Wie viele Kontrollen wurden in den Einrichtungen im vergangenen Jahr durchgeführt und mit welchem Ergebnis?

3. Wie hat die Behörde bei Feststellung von Missständen im Einzelfall reagiert?

4. Mit welchen Verbesserungen ist nach der Umorganisation der Behörde zu rechnen?

5. Wie reagiert die Behörde auf den sich abzeichnenden Pflegenotstand?

Dr Reinhold Babor

Dr. Reinhold Babor, Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: r.babor@gmx.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN
im Rathaus

rosa liste münchen

München, den 28.10.2008

Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen in Bayern künftig auch bei den Standesämtern geschlossen werden können.

Antrag

Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, folgenden Punkt aus dem Koalitionsvertrag von CSU und FDP im Bayerischen Landtag umzusetzen und über das neue Verfahren zu informieren:
Eingetragene Lebenspartnerschaften sollen in Bayern künftig auch bei den Standesämtern (bisher nur Notare) geschlossen werden können. Landesrechtliche Regelungen zu den eingetragenen Lebenspartnerschaften werden, wenn rechtlich notwendig, an das Bundesrecht angepasst.

Begründung:
München hat bei der Umsetzung der Eingetragenen Partnerschaft in Bayern von Begin an eine Vorreiterrolle eingenommen und die Standesämter für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet.
Die bisherige restriktive Regelung in Bayern, wo nur Notare die Eintragung durchführen konnten, soll nun durch die Möglichkeit ergänzt werden, dass Standesbeamte die Eintragung vornehmen dürfen.
Damit wird dem Bemühen um die Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren auch in Bayern endlich mehr Rechnung getragen. Die neue Regelung sollte in München möglichst schnell umgesetzt und vor allem kommuniziert werden. Darüber hinaus soll über die neue Regelung informiert werden.

Fraktion Die Grünen – rosa liste
Initiative:

Lydia Dietrich
Stadträtin

Thomas Niederbühl
Stadtrat